Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. nur Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 250. **Donnerstag** den 6. September 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Ausschreibung.

Der Verkauf der auf dem Bauplatze für die Central-Markthalle anstehenden Baulichkeiten soll im Wege des schriftlichen Angebots in acht Loosen erfolgen.

Die Abbruchsbedingungen, sowie der Situationsplan können bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, während der Bureaustunden eingesehen, bez. die ersteren gegen Erlegung von 1 ℳ entnommen werden.

Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag bis zum 17. September d. J., Abends 5 Uhr, portofrei an der oben bezeichneten Stelle mit der Aufschrift:
„Abbrucharbeiten auf dem Markthallen-Areal"
einzureichen.

Die Bieter bleiben bis zum 28. desselben Monats an ihre Offerten gebunden.

Die Auswahl unter den Angeboten, sowie die Ablehnung aller Angebote behalten wir uns vor.

Leipzig, den 25. August 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 5288. 5310. Dr. Tröndlin. Wagner.

Erledigt

hat sich die von uns unterm 25. Juli a. c. im Betreff des Steinmetz **Johann Gustav Adolf Beilig** erlassene Bekanntmachung.

Leipzig, am 1. September 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. IV. 2259. Ludwig Wolf. Heinichen.

Bekanntmachung,

Generalrevision über die Droschken betr.

Die Generalrevision über die Droschken und deren Bespannung und zwar über diejenigen mit **ungeraden** Nummern, als 1, 3, 5 u. s. w. soll

Dienstag, den 11. September 1888,
auf dem Fahrweg an der Tribüne der Rennbahn stattfinden.

Die Auffahrtszeichen werden wie folgt festgesetzt: Es haben am gedachten Tage ihre Geschirre vorzufahren die Concessionare mit den Anfangsbuchstaben

A — F Vormittags ½9 Uhr,
G — J „ ½10 „
K — M „ ½11 „
N — S Nachmittags ½4 Uhr,
Sch — Z „ ½5 „

und zwar derart, daß die Droschken nicht etwa nach und nach zu anderen, als den vorgedachten Stunden anfahren, sondern, daß die sämmtlichen zu ein und derselben Zeit vorzufahrenden Wagen auf einmal und **pünctlich** zur festgesetzten Stunde auf dem Aufstellplatze, der von den Aufsichtsorganen am Tage der Revision noch speciell angewiesen werden wird, zur Stelle sind.

Die Concessionare, welche bei Vorführung ihrer Nummern zugegen sein müssen, werden insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß bei dieser Revision die Droschken durchgehends gut lackirt, die Sitzkissen und Rückenlehnen gut gepolstert und mit reinlichen, keinesweges defecten Ueberzügen versehen sein müssen. Ferner ist auf die gehörige Instandsetzung der Pferdegeschirre besonderes Augenmerk zu verwenden; dieselben müssen aus guten Lederzeug bestehen, gut geschwärzt und dem beim Polizeiamt aufgestellten Probegeschirre möglichst angepaßt sein. Bei Neuherstellungen der Droschen, bezüglich des Lackes, der inneren Ausstattung u. s. w. ist allenthalben den Bestimmungen in unseren Bekanntmachungen vom 10. October 1884, bez. 25. August 1887 nachzugehen, wie denn überhaupt die Droschken durchgehends allen übrigen Bestimmungen in §. 6 des Droschkenregulativs vom 5. October 1883 und der vorgedachten Bekanntmachung, die Dienstkleidung der Droschkenführer aber genau den Vorschriften in §. 10 des angezogenen Regulativs entsprechen müssen.

Insbesondere weisen wir noch mit Rücksicht auf öftere Vorkommnisse ausdrücklich darauf hin, daß es durchaus unzulässig ist, wenn sog. Sommerüberzüge in gänzlich verwahrlostem Zustande mit größeren und kleineren neuen Flickflecken von dunkler Farbe versehen zur Verwendung kommen oder bunte Kammdeckenstücken oder Droschkenlaternen, deren Schutze anstatt blank gewetzt schwarz lackirt sind. Auch kann es nicht geduldet werden, daß lahme Pferde, sei es auch, daß dieselben nur als Reservepferde Verwendung finden sollten, im Droschkendienste in Gebrauch genommen werden.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden nach §. 51 des Regulativs bestraft werden und haben die Concessionare nach Befinden überdies die Außerbetriebsetzung der nicht vorschriftsmäßig vorfahrenden Geschirre zu gewärtigen.

Leipzig, den 6. August 1888.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
No. 2876 D. R. J. V.: Junck. Pol.-Rath. Mühlner.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 29. bis 30. vorigen Monats ist in den Anlagen des hiesigen Berliner Bahnhofes der nachstehend näher beschriebene, unbekannte Mann erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Wir ersuchen, etwaige Mittheilungen über die Persönlichkeit des Aufgefundenen unverzüglich an uns gelangen zu lassen.

Leipzig, am 2. September 1888.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 6531. Breitschneider. Faldig.

Personalbeschreibung.

Alter: etwa 60 Jahre; Größe: 1,67; Haare: grau; Stirn: niedrig; Augenbrauen: grau, buschig; Nase: spitz; Bart: rasirt; Zähne: defect; Gestalt: schwächlich. Besondere Kennzeichen: wechselseitiger Leistenbruch.

Kleidung.

Dunkler Stoffrock, graue Barchentbosen, dunkle, gelb getupfte Weste, rindslederne Halbstiefeln, defecte, mit Flecken besetzte Strümpfe, defecte Hosenträger, wollenes, schwarz und grau gestreiftes Hemd, schwarz und weiß gestreiftes Halstuch, rothes Taschentuch und schwarze seidene Mütze. Außerdem fand man bei dem Todten: einen blauen ledernen Tabaksbeutel, ein Federmesser mit Brille, eine Baarschaft von 2 ℳ 31 ₰ und kleine Papierstreifen, welche die Schneider zum Maßnehmen benutzen.

Bekanntmachung.

Das hiesige Gemeindeamt hat unter Nr. 482 Anschluß an die Stadt-Fernsprechseinrichtung in Leipzig und Vororten gefunden.

Die Benutzung ist den hiesigen Einwohnern unentgeltlich gestattet.

Leutzsch, den 4. September 1888.
Der Gemeindevorstand.
Th. Uhlig.

Bekanntmachung.

Vom 1. Januar 1887 ab, als dem Zeitpuncte der Wirksamkeit der gemeinsamen Ortskrankencasse, wird jedem neu zukommenden Mitgliede nur **einmal** und zwar beim ersten Arbeitsverhältnisse ein Mitgliedsbuch unentgeltlich ausgefertigt und dem anmeldenden Arbeitgeber zugestellt.

Im eigenen Interesse des Mitgliedes liegt es deshalb, beim jedesmaligen Verlassen des Arbeitsverhältnisses das Mitgliedsbuch, falls sich dasselbe in der Hand des Arbeitgebers befindet, von demselben sich aushändigen zu lassen.

Gleichzeitig werden die Herren Arbeitgeber darauf aufmerksam gemacht, daß die Zustellung der auszufertigenden Mitgliedsbücher in der Regel binnen 3—4 Tagen nach dem Tage der Anmeldung erfolgt und daß, wenn binnen dieser Frist ein Mitgliedsbuch nicht eingeht, anzunehmen ist, daß das angemeldete Mitglied der Casse bereits angehört und im Besitze eines Buches sich befindet.

Leipzig, am 3. September 1888.
Die Ortskrankencasse für Leipzig u. Umgegend.
Albert Brockhaus, Vorsitzender. L.

Der diesjährige zweite
Roß- und Viehmarkt
in
Volkmarsdorf-Leipzig
findet
Sonnabend, den 8. September a. c.,
statt.

Gleichzeitig wird noch bekannt gemacht, daß die Händler — ohne Ausnahme — nur auf hiesigem Marktplatze ihre Verkaufsstände errichten dürfen, das Standmachen auf den Straßen aber, vor den Restaurationen und anderen Grundstücken nicht gestattet ist.

Volkmarsdorf, am 14. August 1888.
Der Gemeinderath.
Lohse, Gem.-Vorst. Noack.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Gesammtlage.

Wohin wir auch unsere Blicke richten, überall begegnen wir einer Ruhe und einem Frieden, wie er seit langer Zeit nicht bestanden hat; selbst die Mittelmeerfrage, welche vor Kurzem auftauchte, ist wieder zu den Acten gelegt worden, seit man in Frankreich die Bemerkung gemacht hat, daß es leichter ist, sie auf die Tagesordnung zu setzen, als sie in einer für Frankreich günstigen Weise zu lösen. Das einzige Ergebniß, was die neueste diplomatische Action des Ministeriums Floquet für Frankreich gehabt hat, ist, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als sonst mit der französischen Flotte beschäftigt hat. Dieser kleine Erfolg ist von der französischen Regierung nach Kräften ausgebeutet worden in Form eines Festmahls mit politischen Reden, ein Gebiet, auf welchem die gegenwärtige französische Regierung überhaupt Ungewöhnliches leistet. Es ist nicht möglich, daß unter dem Ministerium Floquet in irgend einem Winkel Frankreichs etwas geschieht, sei es, daß ein Denkmal enthüllt, eine höhere Schule eingeweiht, ein Manöver abgehalten oder ein Jahrestag gefeiert wird, wo nicht ein Minister erscheine und eine Rede zum Lobe der Republik, der Armee, der Marine oder sonst einer französischen Staatseinrichtung halte. Wahrhaft ungeheuerlich waren die Reden, welche der Marineminister Krantz und der Ministerpräsident Floquet am 1. September bei Gelegenheit des Schlusses der Seemanöver in Hyères gehalten. Krantz soll gesagt haben, daß es von Wichtigkeit sei, dem Lande zu erklären, daß es keine Demüthigung zu erwarten habe und daß es nicht zurückzuweichen brauche, weil dann Jeder seine Schuldigkeit zu thun wissen werde. Man kann das nur in dem Sinne deuten, daß Frankreich auf dem Puncte angelangt ist, sich ohne Widerstand in sein Schicksal zu ergeben. Das ist ein Grad von Genügsamkeit, den man bisher bei Frankreich nicht gewöhnt war; früher würde man sich nicht gewundert haben, wenn der Marineminister nach Beendigung der Seemanöver etwa die Unbesieglichkeit der französischen Seemacht und ihre Ueberlegenheit über die anderen Mittelmeermächte gerühmt hätte; heute ist er zufrieden, wenn der Marine Demüthigungen erspart werden und wenn sie nicht zurückzuweichen braucht. Zur Zeit des Krieges mit China wegen Tonkin war es noch anders; damals wurden die Thaten des Admirals Courbet, die Beschießung von Foutschau und die Gefechte bei der Insel Hainan als Seesiege ersten Ranges gefeiert; heute giebt Frankreich trotz seiner bedeutenden Panzerflotte kein bei und die Regierung ist zufrieden, Spanien und Portugal Beweise seiner Sympathie geben zu können, Spanien, weit wenigstens von dieser Seite eine Art von officieller Beschickung der Ausstellung von 1889 erfolgen wird.

Frankreich scheint endlich zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß es durch die fortdauernden Beunruhigungen des europäischen Friedens in Europa alle Sympathien verscherzt und daß es im entscheidenden Augenblick lediglich auf die eigene Kraft angewiesen sein wird, von welcher Regierung und Volk selbst nur eine geringe Meinung zu haben scheinen. So wäre denn jetzt der Zeitpunct eingetreten, in welchem Frankreich sich zu dem Schritt entschließen könnte, den Frankfurter Frieden rückhaltlos als die Grundlage der zukünftigen Entwickelung anzuerkennen. Seltsamer Weise läßt ein Gerücht Boulanger als den Vertreter dieses sehr vernünftigen Gedankens erscheinen; man traut ihm zu, daß er nach Friedrichsruh gereist sein könnte, um sich mit dem Fürsten Bismarck zu verständigen. Man will Boulanger in Bremen gesehen haben, dagegen wird die Nachricht, daß er in Hamburg aufgetaucht sei, als Erfindung bezeichnet. Es wiederholt sich hier derselbe Vorgang, welcher die geheimnißvolle Reise Gambetta's nach Deutschland charakterisirte; auch diesen Vertreter des französischen Rachegedankens ließ man zum Fürsten Bismarck pilgern, um mit ihm eine Verständigung zu suchen.

Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß Boulanger seine Sache in Frankreich durch nichts so sich verderben könnte, als wenn er jetzt eine Annäherung an Deutschland versuchte. Seine Wähler in der Somme, Charente und Nord würden ihre Stimmen nicht auf ihn vereinigt haben, wenn sie ihn dadurch zum Friedensboten zu machen geglaubt hätten. Cassagnac hat es in der Kammer treffend ausgesprochen, daß Boulanger den öffentlichen Geist in Frankreich belebt habe und daß er deshalb der Unterstützung der conservativen Partei werth geworden sei. Was heißt aber die Belebung des öffentlichen Geistes in Frankreich anders als die Verkörperung des Rachegedankens? Eine andere Lesart ließ Boulanger auf einer Reise nach Rußland begriffen sein. Der Zeitpunct dazu könnte kaum schlechter gewählt sein und die Erfolge Deroulede's sind gewiß nicht dazu angethan, um Boulanger zur Nachahmung des Beispiels dieses Rachepredigers anzureizen. Boulanger muß eine Fahrt angetreten haben, um sich durch persönliche Wahrnehmung eine Anschauung der Verhältnisse außerhalb Frankreichs zu verschaffen, wie es Gambetta und Lord Randolph Churchill vor ihm gethan haben, aber er wird sich wohl hüten, sich nach irgend einer Seite zu compromittiren, weil dann seine Rolle als Candidat für die Dictatur unfehlbar ausgespielt wäre.

Ein Kennzeichen der Lage ist es ferner, daß die bulgarische Frage nicht mehr erörtert wird. Man spricht wohl von den unhaltbaren Verhältnissen, die sich allmälig in Bulgarien entwickelt haben und welche den Aufenthalt daselbst als gefährlich für jeden friedlichen Bürger erscheinen lassen, aber nicht von der bulgarischen Frage. Man kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß dort mehr und mehr anarchische Zustände sich aufthun und daß das Land sich kaum aus eigener Kraft daraus emporarbeiten wird. Wahrscheinlich sind diese betrübenden Thatsachen der Grund, weshalb man auf russischer Seite Schweigen über Bulgarien beobachtet. Daß die mangelnde Anerkennung des Prinzen von Coburg als Fürst von Bulgarien durch Europa die eigentliche Ursache der Zerrüttung des bulgarischen Staatswesens ist und daß diese allein auf die Weigerung Rußlands zurückzuführen ist, kommt nicht in Betracht; das Wesentliche ist, daß es mit der staatlichen Wohlfahrt Bulgariens abwärts geht und daß dort früher oder später eine Katastrophe unvermeidlich ist. Daran kann auch das Zeugniß des Wohlverhaltens, welches Prinz Ferdinand am Jahrestage seiner Thronbesteigung den Herren Stambulow und Natschewitsch ausgestellt hat, nichts ändern. Wenn Personen sich plötzlich aussöhnen, die sich noch kurz zuvor feindlich gegenüberstanden, so läßt das in der Regel auf eine gemeinsame Gefahr schließen, welcher beide vereint die Spitze zu bieten, in ihrem Interesse erachten. Stambulow hat den Anschluß auf russischer Seite nicht gefunden, den er mit Radoslawow und Zankow gesucht hat, und kehrt nun zu dem Ausgangspunct zurück, und Prinz Ferdinand ist hoch erfreut, daß er wenigstens den Rückhalt wieder gefunden hat, auf den sich seine Macht von Anfang an stützen mußte. **Das Räuberunwesen ist das Symptom der Krankheit, an welcher Bulgarien leidet. Es fehlen dem Lande die Vorbedingungen für die Creditfähigkeit.** Der von Europa nicht anerkannte Prinz Ferdinand kann diesen Mangel nicht ersetzen, er sichert dem Lande nur den Credit, welcher ihm persönlich gewährt wird, und der reicht für eine Privatperson immerhin weit, aber nicht so weit, als es das Bedürfniß Bulgariens erheischt. So fristet dieser mit Rußland entzweite Prinz sein Dasein als Quasifürst von Bulgarien so lange, als es die unhaltbaren Zustände im Lande gestatten; der Weltfriede wird dadurch nicht gestört, und Rußland wartet es ab, bis die unvermeidliche Katastrophe eintritt. Der Menschenfreund muß das Ende des bulgarischen Dramas beklagen, der Politiker muß es mit Freuden begrüßen, daß eine rein interne Angelegenheit auf der Balkanhalbinsel sich nicht zu einem Weltbrande entwickelt.

Leipzig, 6. September.

* **Zum Hochwasser im Riesengebirge** schreibt die „National-Zeitung":

Die Nachrichten aus dem Hirschberger Thale über erneuerte Wassersnoth haben allenthalben ein ganz außerordentliches Aufsehen erregt. Gerade ein Monat ist verflossen, und schon wieder ist das Hirschberger Thal von einem Hochwasser arg betroffen worden. Während es sich vor wenig Wochen um die Folgen wiederholter Wolkenbrüche handelte, hat diesmal ein mehrstündiger Regen das Unheil herbeigeführt. Die nothdürftigen Ausbesserungen, die begonnene Wiederherstellung der Ufermauern, namentlich des Zacken, sind fruchtlos gewesen. Mühen und Geldopfer sind vergebens dargebracht. Um so dringender und nöthiger bedarf es des alsbaldigen Eingreifens der staatlichen Organe, um der Wiederkehr vorzubeugen. In den Nummern vom 8. und 16. August ist bereits auf Dasjenige hingewiesen worden, was nothwendig geschehen muß. Lange man, wie der Artikel in Nummer 445 unserer Zeitung ausführt, damit an, im Quellengebiet Vorsorge zu treffen; in dem von dem Zacken und seines Zuflusses betroffenen Landestheile wird man damit das Uebel beseitigen. Zweifellos ist in der Trockenlegung der großen Sumpfwiesen und noch mehr in der Anlage der langen, von dem Scheitel des Gebirgs und der kleineren Berge senkrecht zu Thal geführten Stichgräben die Wurzel des Uebels zu suchen. Namentlich die letzteren bilden eben so viel neue Flußbetten, die gleichzeitig in kürzester Frist die gesammten den Wolken entströmenden Wassermassen zu Thale und in den Zacken führen. Diese Stichgräben beseitige man und führe die Wasser in Zickzacklinien allmälig dem Thale zu, wie dies früher geschehen ist. Ein gesetzliches Hinderniß, diese Einrichtung zu treffen, liegt um so weniger vor, da erst seit wenigen, ungefähr 8 bis 10 Jahren die Neuanlage all dieser senkrecht hinabführenden Gräben und Wege erfolgt ist. Nachweislich hat seit dieser Zeit die Steigerung in der Wiederkehr der Hochwässer in jener Gegend stattgefunden, die jetzt nicht mehr in außerordentlichen Fällen plötzlicher Wolkenbrüche, sondern bei jedem längeren Regen das Hirschberger Thal bedrohen. Man darf erwarten, daß die Staatsregierung so rasch sich wiederholenden Unglücksfällen gegenüber mit Einsetzung aller Energie vorgehen wird.

* Zur Lehrmethode an den Universitäten berichten die „Berliner Politischen Nachrichten": „So viel Vortheile auch die jetzige Lehrmethode an unseren Universitäten hat, sie besitzt doch auch den Nachtheil, daß die Studirenden, welche bekanntlich zum Hören der von ihnen belegten Vorlesungen nicht angehalten sind und trotzdem eine Bescheinigung über dieselben erhalten, namentlich in den ersten Semestern dazu verleitet werden, den Collegien den Rücken zu kehren und später, um den im Examen gestellten Anforderungen zu genügen, gezwungen sind, sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit weder zum Vortheil ihrer allgemeinen Ausbildung, noch ihrer Gesundheit die nothwendigen Kenntnisse anzueignen. Daß diese Kenntnisse manchmal nur die nothwendigsten sind, ist gleichfalls eine Folge dieser Methode. Es hat sich deshalb, um die Studenten mehr der Person des Docenten zu nähern und durch diese Annäherung zu regelmäßigerem Besuch der Vorlesungen zu veranlassen, an den Universitäten das Institut der sogenannten Seminarien ausgebildet, die auch den Namen Privatissima, Uebungen u. s. w. führen und in denen mehr die Schul-Unterrichtsmethode zur Anwendung gelangt. Diese Institute haben sich vortrefflich bewährt, sie kranken indessen zu einem Theile doch noch daran, daß auch in ihnen der Professor keine anderen als moralische Mittel hat, um diejenigen Studirenden, welche sich im Laufe des Semesters säumig zeigen, zu größerem Fleiße anzuspornen. Da ist es denn mit Freude zu begrüßen, wenn, wie es für das verflossene Semester mit dem historischen Seminar für die Universität Berlin geschehen ist, der Cultusminister durch ein für dieses Seminar eigens erlassenes Statut dem Director desselben Vollmachten in die Hand gegeben hat, die derselbe sonst nicht besitzt. Nach diesem Statut sind die Mitglieder des Seminars verpflichtet, die Lehrübungen regelmäßig zu besuchen, nie ohne vorherige Anzeige des Grundes wegzubleiben und den erforderlichen Fleiß zu zeigen. Wegen Verletzung der Statuten oder wegen anderer gewichtiger Gründe kann der Director des Seminars jedes Mitglied ausschließen. Es wird damit also jeder Student, der in dieses Seminar eintritt und die Statuten desselben erhält, gleich bei Beginn des Semesters auf die Folgen eines von ihm etwa gezeigten Unfleißes aufmerksam gemacht, und nur regelmäßiger Besuch des Seminars sichert ihm die am Schluß des Semesters erfolgende Bescheinigung über seine Theilnahme an den Arbeiten desselben. Dadurch wird ein Druck auf die Studirenden ausgeübt, der in seinen Folgen für dieselben nur vortheilhaft sein kann, und es wäre wohl zu wünschen, wenn dieselbe Einrichtung, von der wir anzunehmen Grund haben, daß sie nicht überall eingeführt ist, auf die Seminarien aller Lehrdisciplinen ausgedehnt würde."

* Die „Coburger Zeitung" schreibt an bevorzugter Stelle:

Seit vor einigen Wochen die bekannte Madame Edmond Adam in der „Revue nouvelle" eine angebliche Denkschrift des Fürsten Bismarck an den Kaiser Friedrich, das Battenbergische Heirathsproject betreffend, veröffentlichte und ihre Enthüllung gleich darauf von Berlin aus ein kategorisches Dement erfuhr, ist in der Presse mehrfach constatirt worden, welchen Bezirkungen wohl Frau Adam das Material zum Aufputz ihrer Fälschungen verdanke. Den Gipfel der Lächerlichkeit erreicht nun ein Artikel im Pariser „Gaulois". Nicht wegen der neuen Lesart in der Battenbergfrage. Es hieße das Andenken unseres todten Kaisers Friedrich entwürdigen, wenn man auch nur die Möglichkeit dessen, was im „Gaulois" erzählt wird, zugäbe; daß nämlich Kaiser Friedrich beabsichtigt habe, den Prinzen von Battenberg als seinen Schwiegersohn zum Vicekönig eines neutralen Elsaß-Lothringen zu machen und den Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland, den man doch nicht gut auf dem Präsentirteller Frankreich darbieten kann, auf solche Weise aus dem Wege zu räumen. Davon kein Wort weiter. Aber die Absurdität besteht darin, daß als Quelle dieser neuen Battenbergfabel, als Intima der Frau Adam, eine „Prinzessin von Sachsen-Coburg-Gotha" erfunden wird — Niemand Anderes nämlich als Constanze Geiger, jüngere Baronin Ruttenstein, die dem 1884 verstorbenen Prinzen Leopold von Coburg morganatisch angetraut war. Die deutsche Presse hat von diesen Phantasien mit Recht keine Notiz genommen; hier aber mag die bündige Versicherung genügen, daß jene Pseudoprinzessin niemals in den geringsten Beziehungen zum deutschen Hofe gestanden hat, wie sie denn auch zu gar keiner Beziehung zu unserem herzoglichen Hause steht.

* Ueber die Beziehungen des Kaisers zu Herrn von Bennigsen bringt das „Frankfurter Journal" folgende Mittheilungen: „Kaiser Wilhelm II. hegt sowohl hohe Anerkennung wie herzliche Dankbarkeit für Herrn von Bennigsen. Als der Letztere auf der letzten Hofgesellschaft unter der Regierung des Hochseligen Kaisers Wilhelm I. von diesem durch eine längere Unterredung und die Versicherung ausgezeichnet worden war, er, der Kaiser, habe Bennigsens große Rede über die Nothwendigkeit der Erhöhung der Schlagfertigkeit der Armee sich zweimal vorlesen lassen, trat der damalige Prinz Wilhelm zu dem nationalliberalen Führer, sprach ihm gleichfalls seine Anerkennung aus und dankte ihm herzlich für die Mitunterzeichnung des beim Grafen Waldersee entworfenen Missionsauftrages mit dem Hinzufügen, daß der Name von Bennigsens und seiner mitunterzeichneten Freunde der ganzen Angelegenheit eine Färbung nähme, die ihr wider den Willen des Prinzen gegeben worden sei. Die wenigen Zeugen dieser Unterredung waren längst überzeugt, daß Herr von Bennigsen vom jetzigen Kaiser für ein hohes Staatsamt ausersehen sei."

* * *

* Die „Times" bringt den Inhalt der Vertheidigungsschrift, welche die Königin Natalie auf die Scheidungsklage ihres Ehegatten, des Königs Milan, an das Consistorium der Synode geleitet hat. Als Berather der Königin fanden derselben ihr Schwager, Fürst Gregor Ghika und zwei hervorragende Advocaten zur Seite, welche jedoch das Schriftstück, welches von der Königin selbst verfaßt war, sehr wesentlich umänderten, damit es nicht den Anschein habe, als ob Königin Natalie mit einer Gegenklage antworten wollte. Die Königin spricht weder von einer Scheidung, noch von Trennung, sie verwahrt sich nur gegen die wider sie erhobenen Anklagen, und zwar:

1) Daß sie verletzend sich über den König vor Fremden geäußert und Gäste des Königs im königlichen Palais einen Affront ausgesetzt habe, gebe ihr Anlaß zur Erklärung, sie könne unter dem Einfluß vorübergehender Erregung zufällig Worte gesprochen haben, die sie jetzt bedauere; aber manche ihrer Aeußerungen müßten dem beleidigten Gefühle zugeschrieben werden und seien durch verschiedene Berichte veranlaßt, die ihr mitgetheilt worden seien und ihr viel Kummer und Schmerz verursacht haben.

2) Auf die Behauptung, daß sie mit den Feinden des Königs Gemeinschaft gemacht habe, erwidert sie, daß die serbischen Politiker, denen sie ihr Vertrauen geschenkt, nicht Feinde des Königs waren, sondern nur politische Gegner Garaschanin's, des fortschrittlichen Ministers, und daß mehrere dieser Herren, wie Ristic, Oberst Gruic, General Horvatovic, selbst im Laufe der Zeit Minister waren und Alle das Vertrauen des Königs genossen haben mußten. Ihre Freundschaft zu Persiani, dem russischen Gesandten in Belgrad, dem accreditirten Vertreter eines großen Staates, habe nichts mit politischen Intriguen Gemeinsames, Persiani, sagt die Königin, habe niemals etwas Anderes als guten Rath angeboten. Sie beharre jedoch auf der Ansicht, daß einige der Minister, denen der König sein Vertrauen schenke, schlechte Rathgeber seien, während die Personen, denen sie vertraute, dem königlichen Hause nur wohlgesinnt waren.

3) Was die Anklage betreffe, die Königin habe Alles gethan, um die Abdankung des Königs herbeizuführen, so führt die Schrift aus, daß der König mehr als einmal den Entschluß abgedankt, ausgesprochen habe. Als er dies unmittelbar nach dem serbisch-bulgarischen Kriege that, war das Land in einer sehr erregten Stimmung und die Königin war daher der Ansicht, daß ohne Verzug eine Regentschaft eingesetzt werden sollte. Deshalb sendete sie das Telegramm, das jetzt als Mangel an Herz ausgelegt wird. Sie sei zu jener Zeit erschöpft gewesen von der Verwundetenpflege, und wenn sie es unterließ, eine abwartende Botschaft oder eine Sympathiekundgebung an den König zu senden, so sei es deshalb geschehen, weil sie annahm, sein Geist sei ganz in Anspruch genommen von dem Vorhaben, das er ihr telegraphisch angezeigt habe. Die Königin erklärt, sie sei von derselben Ueberzeugung ausgegangen, als er nicht blos zu ihr, sondern auch zu seinen Ministern und verschiedenen Mitgliedern des diplomatischen Corps sich geäußert habe, er sei regierungsmüde. So oft diese Aeußerungen mit dem Anschein des vollsten Ernstes gemacht wurden,